

»» Überdauert die Arbeitnehmerfreizügigkeit einen Brexit-Deal beim EU-Gipfel?

Nr. 101, 17. Februar 2016

1
Page

Autor: Philipp Ehmer, Telefon 069 7431-6197, research@kfw.de

In der Debatte um einen möglichen Brexit hat sich die britische Regierung bisher nicht positioniert. Premierminister Cameron verhandelt beim Treffen des Europäischen Rates am 18. und 19. Februar in Brüssel ein Paket von EU-Reformen, mit dem er den Briten die Entscheidung für den Verbleib in der Union beim anstehenden Referendum schmackhaft machen möchte.

Camerons Forderungen: politische Selbstbestimmung und höhere Wettbewerbsfähigkeit

Seine Forderungen sind vier Themenfeldern zugeordnet: Erstens soll Rechtsicherheit darüber bestehen, dass EU-Länder außerhalb des Euroraums tiefere Integrationsschritte der Euroländer nicht mitgehen müssen und dass Unternehmen beim Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt nicht nach der Währung ihres Heimatlandes diskriminiert werden. Zweitens geht es um eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Union, z. B. durch einen gemeinsamen Digitalmarkt, eine Kapitalmarktunion und eine Verringerung der bürokratischen Lasten für Unternehmen. Drittens fordert Cameron eine explizite Ausnahme Großbritanniens von dem in den EU-Verträgen vereinbarten Ziel einer immer engeren politischen Union und möchte den Einfluss nationaler Parlamente stärken. So soll ein Zusammenschluss nationaler Parlamente, wenn deren Gewicht eine kritische Schwelle überschreitet, dazu in der Lage sein, Gesetzesinitiativen auf europäischer Ebene zu kippen.

Konfliktstoff: Kürzungen bei Sozialleistungen für EU-Ausländer

Trotz Bedenken einzelner Länder ist bezüglich dieser drei Punkte am Ende mit einem Konsens zu rechnen. Der kritische Punkt ist gleichzeitig derjenige, dem die größte mediale Aufmerksamkeit zuteilwird und der den stärksten Einfluss auf die britische Wählerschaft im Referendum haben könnte: die Einschränkung von Sozialleistungen an Arbeitnehmer aus dem EU-Ausland. Nach Camerons Plänen erhalten zugezogene EU-Bürger Sozialleistungen, etwa in Form staatlicher Lohnzuschüsse über Steuergutschriften, erst dann, wenn sie vier Jahre lang in das britische Sozialversicherungssystem eingezahlt haben. Zugleich will Cameron Kindergeldzahlungen an im Ausland lebende Kinder stoppen.

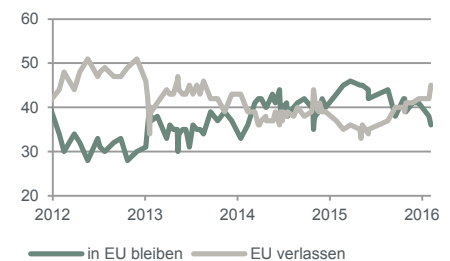
Der Europäische Rat hat unter der Leitung von Donald Tusk Vorschläge erarbeitet, die als Verhandlungsgrundlage zwischen EU und Großbritannien auf dem kommenden EU-Gipfel dienen. Hierin schlägt die Gemeinschaft vor, die Höhe von Kindergeldzahlungen an die Lebenshaltungskosten desjenigen Landes zu koppeln, in dem die Kinder leben. In Bezug auf die prominenteste Forderung Camerons, die vierjährige Aussetzung von Sozialleistungen, zeigt sich die Union zumindest kompromissbereit: Der aktuelle Entwurf sieht vor, dass in bestimmten Notsituationen Sozialleistungen ausgesetzt werden können. Schrittweise müssen die Zahlungen an ausländische Arbeitnehmer aber erhöht werden, bis sie nach vier Jahren denen an britische Staatsbürger entsprechen. Eine Notsituation kann beispielsweise eine außergewöhnliche Belastung der sozialen Sicherungssysteme sein. Der Verhandlungsentwurf grenzt eine Notsituation nicht eindeutig ab und weist somit großen politischen Spielraum auf. Eine Notlage muss vom Europäischen Rat als solche anerkannt werden, bevor Mitgliedsstaaten Sozialleistungen kürzen dürfen. Die Bestätigung einer aktuellen Notlage Großbritanniens enthält der Entwurf bereits und schafft damit Planungssicherheit.

Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union

Mit diesem Vorschlag ist der Europäische Rat offensichtlich dazu bereit, Neuland zu betreten. Eine Kürzung der an EU-Ausländer gezahlten Sozialleistungen diskriminiert – über die Dauer der erwähnten Notlage – Arbeitnehmer nach ihrem Herkunftsland. Sie schränkt damit die Arbeitnehmerfreizügigkeit ein, die zu den vier Grundpfeilern des gemeinsamen Binnenmarktes gehört.

Am Verhandlungsentwurf lässt sich ablesen, welche Bedeutung der Europäische Rat einem Verbleib Großbritanniens in der Union beimisst. Dies ist wohl auch dem Zeitpunkt geschuldet: Gerade in Zeiten der Europa spaltenden Flüchtlingskrise und starken Präsenz euroskeptischer Parteien in vielen Mitgliedsländern wollen die Regierungschefs ein Zeichen eines geeinten Europas setzen und keinen Zweifel am europäischen Zusammenhalt aufkommen lassen. Doch welchen Einfluss das in Brüssel ausgehandelte Reformpaket letztendlich auf das britische Referendum haben wird, bleibt abzuwarten. Zuletzt hielten sich in Umfragen die Anteile von EU-Skeptikern und EU-Befürwortern die Waage. ■

Grafik: Umfrageergebnisse für das britische EU-Referendum



Quelle: Yougov